

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt, enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Pöhlitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildensfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Pöhlitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Druckanstalt: Volksfreund-Druckerei.

Wichtigste Nachrichten für die am Sonntag erscheinende Nummer des morgigen 9. und 10. Augustheftes. Das Heft für die Arbeiter der Bergwerke am morgigen Sonntag ist ein besonderes Heft und wird nicht gegen, auch nicht für die Arbeiter der Bergwerke ausbezahlt. Die Arbeiter der Bergwerke am morgigen Sonntag sind zu beurlauben. Die Arbeiter der Bergwerke am morgigen Sonntag sind zu beurlauben. Die Arbeiter der Bergwerke am morgigen Sonntag sind zu beurlauben.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Wochenpreis: monatlich Mark 3.00 durch die Postanstalt für den Postweg; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 10.00, monatlich Mark 3.00.
Wochenpreis: im Einzelheft 1.00 Mk., im Einzelheft 1.40 Mk., im Einzelheft 1.80 Mk., im Einzelheft 2.20 Mk., im Einzelheft 2.60 Mk., im Einzelheft 3.00 Mk., im Einzelheft 3.40 Mk., im Einzelheft 3.80 Mk., im Einzelheft 4.20 Mk., im Einzelheft 4.60 Mk., im Einzelheft 5.00 Mk.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12226.

Nr. 190. Dienstag, den 16. August 1921. 74. Jahrg.

Schwarzenberg. Brotbrotverfänger

erhalten für die Zeit vom 16.—31. August Brotmarken.
Die Selbstverfänger von Schwarzenberg nebst den Ortsteilen Sachsenfeld und Wildenau erhalten diese Dienstag, den 16. August vorm. 8—12 Uhr im Ernährungsamt, Stadthaus 1. Die Selbstverfänger vom Stadtteil Neuwelt nebst Vorderhennenberg ebenfalls Dienstag, den 16. August vorm. 8—12 Uhr in der Verwaltungsstelle Neuwelt.
Nachzügler, welche bis Montag, den 22. August, ihre Marken nicht abgeholt haben, verlieren ihren Anspruch.
Schwarzenberg, den 15. August 1921. Der Rat der Stadt. — Ernährungsamt.

Schwarzenberg. Lebensmittelverkauf.

Der Verkauf von Lebensmitteln für die Besucher der Tuberkulosefürsorgestelle und Mutterberatungsstelle findet
Dienstag, den 16. August, nachm. 3—5 Uhr
im städtischen Wohlfahrtsamt (Torbehnhaus) statt.
Schwarzenberg, den 15. August 1921. Der Rat der Stadt — Wohlfahrtsamt.
Mittwoch, den 17. August 1921, vormittags 10 Uhr sollen in Schwarzenberg
122 Stück emaillierte Wannen
meißelnd öffentlich versteigert werden. Sammelort der Bieter: Kathol. Neustädtler Hof in Schwarzenberg.
Schwarzenberg, den 13. August 1921. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Pöhlitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Teilweise Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 13. August. Der Oberste Rat hat beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland die ihm gemäß dem Londoner Ultimatum auferlegte eine Milliarde Goldmark pünktlich zahle. Nach einer Rede Briands wurde beschlossen, die militärischen Sanktionen zunächst beizubehalten.

L. Die Verhandlungen des Obersten Rates über die Aufhebung der Sanktionen scheinen das Entgegenkommen der vorangegangenen Beschlüssen in der obersteleischen Frage zu sein. Briand hat eine lange Rede gehalten und in ihr versucht, seinen Landsleuten die teilweise Niederlage, die er erlitten hatte, schmackhaft zu machen. Der Engländer Curzon führte ein Schlingenspieler, als er die Franzosen davon überzeugen wollte, daß die Sanktionen in ihrer Gesamtheit verschwinden müßten. Man mußte dem französischen Entgegenkommen in gewissen Punkten nachgeben, um ihm seine obersteleische Niederlage zu überwinden.

An sich hat der Entente an den wirtschaftlichen Sanktionen nicht abzuweilen. Die Bestimmung über den Ausfuhrzoll, welche den Hauptbestandteil der Sanktionen bildet, ist niemals in Kraft getreten, selbst Frankreich hatte von ihr unter dem Druck seiner Wirtschaftskreise noch keinen Gebrauch gemacht. Inmitten bedeutet die Aufhebung, die am 15. September stattfinden soll, insofern einen Vorteil für die deutsche exportierende Industrie, als dann einer Ungewißheit ein Ende gemacht wird. Es stand ja der Entente jederzeit frei, die wirtschaftlichen Sanktionen in Kraft treten zu lassen.

Die vorläufige Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen ist eine Wiederholung des Bruches des Friedensvertrages. Da Briand selbst eine neue Verhandlung darüber in Aussicht stellte, wird damit zu rechnen sein, daß die Aufhebung auch dieser Sanktionen einmal stattfindet. Hauptsächlich macht England Dampf hinter die Sache, damit es nicht allzulange dauert. Vorläufig mußte Frankreich Zeit gegeben werden, die freierwerbenden Truppen anderwärts unterzubringen. Es ist kein Geheimnis, daß es unter einem Ueberfluß an Mannschaften und Offizieren leidet. Sie möglichst lange auf Kosten Deutschlands zu unterhalten, ist das Ziel der französischen Militärverwaltung. Auch kann man ja bei der Gespanntheit der Lage nie wissen, wozu man die Truppen einmal verwenden kann.

Der Umsturz in der Besinnung Englands Deutschland gegenüber, der endlich angebrochen zu sein scheint, geht auch aus der Forderung Lord Curzons hervor, die Last der zahlreichen Militär- und Zivilkommissionen, die in Deutschland überflüssigerweise bestehen, zu vermindern, und die Befehlskosten nach Abschaffung der Truppenzahl in den Rheinländern einzusparen. Hauptsächlich ist diese englische Vernunft keine vorübergehende Erscheinung.

Eine Note des Obersten Rates an Deutschland.

Berlin, 14. August. Der Oberste Rat hat gestern Abend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachstehendes, von Briand gezeichnetes Schreiben überreicht: In Anbetracht der Schwierigkeit, die die Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt. Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Entscheidung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu zwingt, eine überlegte Lösung abzuwarten. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Ausschuss so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte

Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der internationalen Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abkommensgebiet zu füttern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

Die Befehlskosten.

Paris, 13. August. Die Konferenz der Finanzminister hat entschieden, daß die Beiträge der Bergwerke des Saargebietes, die sich auf 300 bis 400 Millionen Goldmark belaufen, zur Deckung der Befehlskosten Frankreichs dienen sollen. Es wurde ferner beschlossen, daß die Gesamtkosten der Befehlsgruppen und die aller militärischen Kontrollkommissionen zusammen 240 Millionen Goldmark pro Jahr betragen sollen.

Tagung des Völkerbundes am 20. August.

Paris, 14. August. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat Baron Hügel dem Obersten Rat mitgeteilt, daß er den Völkerbund zum 20. August einberufen werde.
London, 14. August. Lord George und Briand haben erklärt, daß ihre beiden Regierungen die Entscheidung des Völkerbundes bedingungslos annehmen würden.
Paris, 14. August. Es wird in Paris erklärt, daß der Rat des Völkerbundes sich erst am 1. September versammeln werde.

Der Völkerbund setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Dumans (Belgien), Da Cunha (Brasilien), Rao (China), Quiñones de Leon (Spanien), Hanoteau (Frankreich), als Vertreter von Leon Bourgeois, Fisher (Großbritannien), Delini Baroni (Italien) und Hirota (Japan). Alle Beschlüsse des Völkerbundes bedürfen einstimmiger Annahme.

Eine neue Verneinung Deutschlands.

Genf, 14. August. Der „Morning Post“ bringt eine Erklärung des französischen Außenministers, wonach für Frankreich die Frist für die Befreiung der Rheinlande mit der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen — das sei der 1. August — zu laufen begonnen habe.

Im Artikel 428 des so genannten Friedensvertrages ist bestimmt, daß die Befreiung des Rheinlandes während eines Zeitraumes von 15 Jahren erfolgen soll, eines Zeitraumes, „der mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages beginnt“. Wenn jetzt der französische Außenminister den Beginn des Laufens der Frist für die Befreiung der Rheinlande fest mit dem 1. August 1921 ansetzen will, so droht er damit einen unabweisbaren Betrag. Er will die Leiden der besetzten Gebiete eigenmächtig um anderthalb Jahre verlängern. Die Reichsregierung wird hoffentlich sofort beim Obersten Rat gegen diese eigenmächtige Auslegung des „Friedensvertrages“ durch Frankreich entschiedenen Einspruch einlegen.

Fast 310 Millionen.

Rotterdam, 14. August. „Morning Post“ meldet aus Paris: Nachdem Deutschland am 10. d. M. eine weitere Zahlung von 16 Millionen Goldmark an die Reparationskommission geleistet hat, sind bis Ende August noch 310 Millionen Mark von Deutschland zu zahlen. Diese Zahlung hat Deutschland auf den 20. und 28. August zugesagt.

Polnische Drohungen.

Warschau, 14. August. Der Vorstand der polnischen Aufständischen hat am den Obersten Rat abends eine Zuschrift gerichtet, in der die Verleumdung der polnischen Wünsche bei der Aufstellung Oberschlesiens verlangt wird, andernfalls sei die polnische Bevölkerung entschlossen, selbst ihr Los zu bestimmen, wenn nötig, auch mit ihrem eigenen Blut.

Zusammenstöße mit polnischen Insurgenten.

Warschau, 14. August. In Rattowitz ist es zu neuen Zusammenstößen mit Insurgenten gekommen, die in der Vorstadt fünf deutsche

Nachruf.

Am 10. d. M. verschied nach kurzer Krankheit unser Schutzmann,
Herr

Gustav Hermann Neef.

22 Jahre hat er, zu jeder Zeit dienstbereit, mit großer Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit sein Amt verwaltet. Ebenfalls hat er mit Treue und Hingebung den Dienst an unserer Kirche versorgt. Wir ruhen dem Verbliebenen ein inniges „Gute Nacht“ und „Ruhe in Frieden“ nach in seine stille Gruft.

Griesbach, den 15. August 1921.

Der Kirchenvorstand.
Pastor Conrad.

Der Gemeindevorstand.
Schulz.

Geschäftsstellen ausgeraubt hatten. Die Engländer nahmen drei Insurgenten fest. In Tarnowik und Myslowitz wurde auf die französischen Posten geschossen. Bei einem Feuergefecht beim Rosenfeld verloren die Engländer einen Toten und vier Verwundete.

Ein deutsch-englischer Protest.

Tarnowik, 14. August. Polnische, für den Grenzschutz (N) bestimmte bewaffnete Apo, verließen gestern einen Umzug durch die Stadt zu veranlassen, den die Engländer verhinderten. Diese nahmen einen Teil der Apo fest. Die Bürger, sowie die Vertreter der Organisationen protestierten beim Kreisinspektoren gegen einen solchen Grenzschutz. Der englische Kreisinspektor begab sich mit den Abordnungen nach Oppeln, um Protest zu erheben. Auch der deutsche Ausschuss von Tarnowik erhob telegraphisch Beschwerde gegen das Vorgehen des Polen.

Frankreich tritt an Polen deutsche Kolonien ab!!!

Wien, 14. August. Aus Warschau wird gemeldet: Der polnische Außenminister Graf Radzinski erklärte im Warschauer Landtag, daß hinsichtlich des letzten Aufenthaltes des französischen Delegierten Duboski das Projekt der Abtretung eines Teiles der ehemaligen deutschen Kolonien an Polen besprochen wurde.

Deront amtsmilde.

Oppeln, 12. August. In hiesigen Kreisen der Internationalen Kommission wird berichtet, daß General Fremont nicht nach Oberschlesien zurückkehren werde, trotzdem man auf französischer und polnischer Seite den größten Wert auf seine Rückkehr lege.

Die moralische Offenheit.

Berlin, 14. August. Der frühere Reichsminister Prinz Max von Baden regt in der „Deutschen Rundschau“ die Gründung eines privaten Institutes für auswärtige Beziehungen an, dessen Ziel es ist, die Mißstände der Entente am Ausbruch des Krieges und an der Festhaltung der europäischen Allianz vor der öffentlichen Meinung des Welt überzeugend hinzustellen. Das deutsche Wort müsse wieder zu Ehren gebracht und die Anklage wegen der Verletzung der belgischen Neutralität ohne Beschönigung auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Wichtiger aber als der Kampf um Recht und Unrecht der Vergangenheit sei die Aufklärung über die Tatsachen der Gegenwart. Das Ultimatum sei unerfüllbar. Eines Tages werde die deutsche Regierung doch das große Nein aussprechen müssen.

Endenroß über Brüderlichkeit und Menschlichkeit.

Washington, 14. August. Auf eine von dem Deutschamerikaner Dr. Logan, dem Präsidenten der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereinigung in Newport, veranlaßte Rundfrage, auf welche Weise können die Intellektuellen aller Länder zu einer wahrhaftigen Brüderlichkeit und Menschlichkeit beitragen, hat auch General Endenroß eine Antwort eingesandt, die folgendermaßen lautet: Seit dem Versailler Frieden, der unter Führung der Vereinigten Staaten geschlossen wurde, kann man von keinem Deutschen verlangen, daß er an Brüderlichkeit und Menschlichkeit glaube. Anstatt sich damit zu beschäftigen, sollten die Deutschen in den Vereinigten Staaten alles zur Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins tun, damit es werde wie zu Bismarcks Zeit. Bevor wir nicht wieder ein Herrmann geworden sind, können wir nicht Brüder sein, andernfalls würden uns die kleineren Brüder ins Paradies jagen. Die Intellektuellen aller Länder müssen über das Verbrechen des Versailler Friedens und über die Lügen, die über Deutschland während des Krieges ausgespielt wurden, aufgeklärt werden. Auf diese Weise könnten die Intellektuellen einen Teil der Schuld, die eine Wahrung von ihnen auf sich geladen hat, wieder gutmachen; daß ich dann meinen Glauben an Brüderlichkeit und Menschlichkeit wiederfinden werde, brauche ich wohl nicht zu sagen.

Die deutschen Vorgesetzten in Rußland.

Wrag, 13. August. Bei der gestern in Rußland erfolgten Verdringung des dritten Todesopfers der letzten Ausschreitungen, eines Reichsobersten, hielt der Vertreter der deutschen Gesamtheit in Wrag eine Grabrede, in der er der Erwähnung Ausdruck gab, daß ein Reichsoberster in einem Lande, mit dem Deutschland in guten Beziehungen stehe, solchem Schicksal ausgesetzt gewesen sei. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung dieses Landes alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen werde, um die Wiederholung eines solchen Vorfalles zu verhindern. Die Frage der deutschen Gesamtheit werde alles tun, um die Anordnungen des Deutschen Reiches vor der Wiederholung solcher Ereignisse zu bewahren. Das deutsche Vaterland werde den Toten nicht vergessen.